

Bericht zum LkSG (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz)

Berichtszeitraum von 01.01.2024 bis 31.12.2024

Name der Organisation: DB Cargo AG

Anschrift: Rheinstrasse 2, 55116 Mainz

Inhaltsverzeichnis

A. Strategie & Verankerung	1
A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung	1
A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie	3
A3. Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb der eigenen Organisation	7
B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen	10
B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse	10
B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	16
B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern	19
B5. Kommunikation der Ergebnisse	24
B6. Änderungen der Risikodisposition	25
C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen	27
C1. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	27
C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern	28
C3. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern	29
D. Beschwerdeverfahren	32
D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren	32
D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren	39
D3. Umsetzung des Beschwerdeverfahrens	41
E. Überprüfung des Risikomanagements	43

A. Strategie & Verankerung

A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung

Welche Zuständigkeiten für die Überwachung des Risikomanagements waren im Berichtszeitraum festgelegt?

Zur Überwachung des Risikomanagements in der Deutschen Bahn AG wurde Katrin Habenschaden (Deutsche Bahn AG, Leitung "Nachhaltigkeit und Umwelt") zum 01.01.2024 als Konzern-LkSG-Beauftragte benannt. Zum 01.01.2024 hat die DB Cargo AG eine eigene LkSG-Beauftragte benannt, die seitdem für die Überwachung des Risikomanagements in der DB Cargo AG zuständig ist.

A. Strategie & Verankerung

A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung

Hat die Geschäftsleitung einen Berichtsprozess etabliert, der gewährleistet, dass sie regelmäßig - mindestens einmal jährlich - über die Arbeit der für die Überwachung des Risikomanagements zuständigen Person informiert wird?

Es wird bestätigt, dass die Geschäftsleitung einen Berichtsprozess etabliert hat, der i. S. d. § 4 Abs. 3 LkSG gewährleistet, dass sie regelmäßig - mindestens einmal jährlich - über die Arbeit der für die Überwachung des Risikomanagements zuständigen Person informiert wird.

- Bestätigt

Beschreiben Sie den Prozess, der mindestens einmal im Jahr bzw. regelmäßig die Berichterstattung an die Geschäftsleitung mit Blick auf das Risikomanagement sicherstellt.

"Gemäß § 4 Abs. 3 Satz 2 LkSG berichtet die für die Überwachung des Risikomanagements verantwortliche LkSG-Beauftragte dem Vorstand regelmäßig, mindestens einmal pro Geschäftsjahr, sowie anlassbezogen über ihre Arbeit. Diese Pflicht ist im Benennungsschreiben der LkSG-Beauftragten explizit aufgeführt.

Im Jahr 2024 erfolgte die Information über die Überwachungstätigkeit im Rahmen der Veröffentlichung der Grundsatzerklärung.

Ferner erfolgte eine Information im Zuge der Berichterstattung an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) sowie im Rahmen regelmäßiger Routineaustausche zwischen dem Vorstand/der Geschäftsführung und dem:der LkSG-Beauftragten.

Neben grundlegenden Informationen zum DB-weiten Vorgehen zur Umsetzung des LkSG enthielten die Berichte insbesondere Informationen zu den Ergebnissen der Risikoanalyse, zu ergriffenen Präventions- und Abhilfemaßnahmen, zu den Erkenntnissen aus dem Beschwerdeverfahren sowie zur Evaluierung der Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements."

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Liegt eine Grundsatzklärung vor, die auf Grundlage der im Berichtszeitraum durchgeführten Risikoanalyse erstellt bzw. aktualisiert wurde?

Die Grundsatzklärung wurde hochgeladen

<https://www.dbcargo.com/resource/blob/12594194/edbaeb575dbf985f620f28e930093f7e/LkSG-Grundsatzerklaerung-data.pdf>

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzerklärung über die Menschenrechtsstrategie

Wurde die Grundsatzerklärung für den Berichtszeitraum kommuniziert?

Es wird bestätigt, dass die Grundsatzerklärung gegenüber Beschäftigten, gegebenenfalls dem Betriebsrat, der Öffentlichkeit und den unmittelbaren Zulieferern, bei denen im Rahmen der Risikoanalyse ein Risiko festgestellt wurde, kommuniziert worden ist.

- Bestätigt

Bitte beschreiben Sie, wie die Grundsatzerklärung an die jeweiligen relevanten Zielgruppen kommuniziert wurde.

"Für die Öffentlichkeit ist die Grundsatzerklärung der DB Cargo AG auf der Unternehmenswebseite der DB Cargo AG in deutscher und englischer Sprache öffentlich zugänglich (<https://www.dbcargo.com/resource/blob/12594194/edbaeb575dbf985f620f28e930093f7e/LkSG-Grundsatzerklaerung-data.pdf>). Die Veröffentlichung erfolgte in Verbindung mit der entsprechenden Aktualisierung der Intranetseite. Der Gesamtbetriebsrat wurde über die Personalabteilung über die Aktualisierung informiert. Zudem sind Verweise auf die Grundsatzerklärung in die Konzernrichtlinie „Risikominimierung für den DB-Konzern“ sowie den internen Verhaltenskodex (Konzerngrundsätze Ethik) aufgenommen. Darüber hinaus erfolgte eine Veröffentlichung in den Geschäftlichen Mitteilungen, über die DB-Mitarbeitende aktuelle konzernrelevante Informationen zum Regelwerk erhalten.

Unseren Geschäftspartner:innen wird die Konzerngrundsatzerklärung über den DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner kommuniziert.

In der Konzerngrundsatzerklärung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass neben der Deutschen Bahn AG weitere Gesellschaften des DB-Konzerns aufgrund ihrer Größe selbst nach dem LkSG verpflichtet sind und die Grundsatzklärungen dieser DB-Tochtergesellschaften jeweils auf der Internetseite der Gesellschaften veröffentlicht werden. Ebenso wird hierauf auf der Unternehmenswebseite der Deutschen Bahn hingewiesen (<https://deutschebahn.com/menschenrechte> bzw. <https://deutschebahn.com/human-rights>). Eine darüberhinausgehende gezielte Kommunikation der Grundsatzklärung der DB Cargo AG gegenüber unseren Lieferanten erfolgt risikobasiert."

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzerklärung über die Menschenrechtsstrategie

Welche Elemente enthält die Grundsatzerklärung?

- Einrichtung eines Risikomanagement
- Jährliche Risikoanalyse
- Verankerung von Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich, bei unmittelbaren Zulieferern und ggf. mittelbaren Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich, bei unmittelbaren Zulieferern und ggf. mittelbaren Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Bereitstellung eines Beschwerdeverfahrens im eigenen Geschäftsbereich, bei Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Dokumentations- und Berichtspflicht
- Beschreibung der festgestellten prioritären Risiken
- Beschreibung von menschenrechtsbezogenen und umweltbezogenen Erwartungen an eigene Beschäftigte und Zulieferer
- Weitere Elemente: Die Grundsatzerklärung beinhaltet ein grundlegendes Bekenntnis zu nachhaltiger und verantwortungsvoller Unternehmensführung, die auf international anerkannten Menschen- und Umweltrechtsstandards basiert.

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzerklärung über die Menschenrechtsstrategie

Beschreibung möglicher Aktualisierungen im Berichtszeitraum und der Gründe hierfür.

Die Umsetzung der menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten stellt einen fortlaufenden Prozess dar. Unsere Grundsatzerklärung prüfen wir daher jährlich sowie anlassbezogen und aktualisieren diese bei Bedarf. Gründe für die diesjährige Aktualisierung der Grundsatzerklärung waren vornehmlich das im Vergleich zum Vorjahr veränderte Verfahren der Durchführung der Risikoanalyse sowie die darauf basierende Risikopriorisierung. Hervorzuheben ist, dass wir im Vergleich zum Jahr 2023 die Methodik der Risikoanalyse im Zuge der Weiterentwicklung verändert haben. Ziel der Veränderung ist die verbesserte und zielgenauere Identifikation der bestehenden Risikosituation. Es wurde daher zunächst die Verfahrensbeschreibung der Risikoanalyse in Abschnitt II. 1 der Grundsatzerklärung angepasst. Die Risiken, die basierend auf den Ergebnissen der Risikoanalyse im eigenen Geschäftsbereich und im Zuliefererbereich ermittelt wurden, erhielten eine neue Gewichtung. Diese veränderte Risikopriorisierung im Vergleich zum Vorjahr ist in Abschnitt IV. der Grundsatzerklärung aufgeführt und wird ferner im Abschnitt B6 dieses Berichts dargelegt. Daneben wurde in Abschnitt III. 2. der Grundsatzerklärung der Katalog der Präventions- und Abhilfemaßnahmen aktualisiert, der im letzten Jahr weiterentwickelt und verbessert wurde. In Abschnitt III. 3. der Grundsatzerklärung wurden ferner Ausführungen zur Überprüfung der Wirksamkeit unseres Beschwerdeverfahrens ergänzt.

A. Strategie & Verankerung

A3. Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb der eigenen Organisation

In welchen maßgeblichen Fachabteilungen/Geschäftsabläufen wurde die Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb des Berichtszeitraums sichergestellt?

- Personal/HR
- Einkauf/Beschaffung
- CSR/Nachhaltigkeit
- Recht/Compliance

Beschreiben Sie, wie die Verantwortung für die Umsetzung der Strategie innerhalb der verschiedenen Fachabteilungen/Geschäftsabläufe verteilt ist.

"Bei der Ausgestaltung unseres Risikomanagements wird zwischen der Verantwortung, der Überwachung und der Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) unterschieden.

Die Verantwortlichkeit für die effektive Umsetzung des LkSG in der Deutschen Bahn AG liegt auf oberster Führungsebene beim Vorstand der Deutschen Bahn AG (Konzernvorstand). Dieser legt klare Verantwortlichkeiten fest, um die wirksame Umsetzung und Überwachung des Risikomanagements sicherzustellen.

Zur Überwachung der Umsetzung der gesetzlichen Sorgfaltspflichten benennt der Konzernvorstand eine:n Konzern-LkSG-Beauftragte:n. Der Vorstand informiert sich regelmäßig – mindestens einmal jährlich – sowie anlassbezogen über die Arbeit der:s Konzern-LkSG-Beauftragten.

Per Organisationsweisung wurden die mit der Umsetzung des LkSG verbundenen Aufgaben innerhalb der Deutschen Bahn AG der Organisationseinheit „Nachhaltigkeit und Umwelt“ (GU) zugeordnet und dort in der Einheit „Strategie, Steuerung & Projektmanagement Nachhaltigkeit und Umwelt“ (GUP) verankert.

Die operative Umsetzung der menschenrechts- und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten wird durch eine:n Konzern-LkSG-Koordinator:in gesteuert, die:der von der verantwortlichen Konzernleitungsfunktion ""Nachhaltigkeit und Umwelt"" (GU) bestimmt wird.

Der/die Konzern-LkSG-Koordinator:in wird durch ein zentrales LkSG-Team unterstützt, das sich aus Mitarbeitenden der Konzernleitungsfunktionen Nachhaltigkeit und Umwelt, Compliance, Personalstrategie, Recht und Zentrale Beschaffung (Einkauf) zusammensetzt.

Für Einzelheiten wird auf die Ausführungen im LkSG-Bericht der Deutschen Bahn AG (Konzernbericht) verwiesen.

Die DB Cargo AG nimmt ihre LkSG-Angelegenheiten in eigener Verantwortung wahr und hat durch ihren Vorstand zum 01.01.2024 ebenfalls eine LkSG-Beauftragte benannt, welche die Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtungen überwacht. Darüber hinaus wurde auch in der DB Cargo AG ein sogenannter LkSG-Koordinator bestimmt, der die Umsetzung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten auf operativer Ebene steuert.

Der LkSG-Koordinator ist innerhalb der Compliance-Abteilung angesiedelt und bindet bei der Erfüllung seiner Aufgabe diverse Bereiche (z.B. Einkauf, Umwelt, Arbeitsschutz) ein.

Um das LkSG im DB-Konzern im Grundsatz einheitlich umzusetzen, nimmt die Konzernleitung eine Governance-Funktion gegenüber den verpflichteten DB-Tochtergesellschaften wahr. Dies umfasst insbesondere die Erstellung und Fortentwicklung der Menschenrechtsstrategie der Deutschen Bahn AG, die Bereitstellung von Methoden und Vorlagen zur dezentralen Umsetzung der Sorgfaltspflichten durch die verpflichteten DB-Tochtergesellschaften sowie die fachliche Steuerung der LkSG-Koordinator:innen in den DB-Tochtergesellschaften."

Beschreiben Sie, wie die Strategie in operative Prozesse und Abläufe integriert ist.

"Die Governance-Struktur zur Umsetzung unseres Risikomanagements ist in der Konzernrichtlinie Risikominimierung (101.0210 Risikominimierung DB 33.0) verankert. Die Konzernrichtlinie definiert für verschiedene Sachthemen konzernweite Mindeststandards zur Identifizierung und Minimierung von Risiken und weist die entsprechende Verantwortung dafür zu. Die Richtlinie verweist unter anderem auf die Grundsatzerklärung, auf die Verhaltenskodizes sowie auf die LkSG-Prozesse im Prozessportal der Konzernleitung. Denn um das Risikomanagementsystem fest in unserem Unternehmen zu verankern, wurden vor dem Hintergrund der Anforderungen des LkSG Anpassungen und Erweiterungen in unseren Prozessen vorgenommen und unsere Verhaltenskodizes (DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner sowie Konzerngrundsätze Ethik) überarbeitet.

Die vom DB-Konzern verabschiedeten Verhaltenskodizes wurden bei DB Cargo AG und den zugeordneten Tochtergesellschaften übernommen und werden in den Geschäftsaktivitäten berücksichtigt.

Die Verankerung wird kontinuierlich weiterentwickelt, um das Risikomanagementsystem noch tiefer in unsere Geschäftsabläufe zu integrieren."

Beschreiben Sie, welche Ressourcen & Expertise für die Umsetzung bereitgestellt werden.

"Für die Umsetzung des LkSG im DB-Konzern wurde im Geschäftsjahr 2024 ausschließlich auf interne Ressourcen zurückgegriffen.

Durch die Übernahme von Aufgaben zur Umsetzung der Sorgfaltsprozesse in bestehenden Organisationseinheiten des DB-Konzerns werden weiterhin intern Ressourcen anteilig in allen Fachabteilungen bereitgestellt, die mit der Umsetzung des LkSG betraut sind.

Die Umsetzung der Sorgfaltspflichten wird durch ein interdisziplinäres Team, das sich aus den Bereichen Compliance, Personalstrategie, Recht und Zentrale Beschaffung (Einkauf) und Nachhaltigkeit zusammensetzt, konzernweit koordiniert. Die Leitung erfolgt durch die Organisationseinheit „Nachhaltigkeit und Umwelt“. Diese Ansiedlung der Verantwortung geht mit einem umfangreichen Fachwissen im Bereich Nachhaltigkeit einher.

In der zentralen Beschaffungsabteilung arbeiten Mitarbeitende mit Fachkenntnissen unter anderem in den Bereichen Recht, nachhaltige Beschaffung und Menschenrechte. Sogenannte Nachhaltigkeitsreferent:innen, die in den Produktbereichen angesiedelt sind und selbst über Erfahrung im Bereich Nachhaltigkeit verfügen, stellen sicher, dass eine enge Verbindung zum eigentlichen Beschaffungsgeschehen besteht.

Um die Expertise für die effektive Umsetzung kontinuierlich zu erweitern, werden unsere Mitarbeitenden in LkSG-relevanten Themengebieten geschult. Dies umfasst beispielsweise themenübergreifende Schulungen, die speziell für LkSG-Beauftragte und -Koordinator:innen konzipiert sind, sowie spezifische Schulungen für Personen, die im Beschwerdeverfahren tätig sind. Auch Mitarbeitende mit Einfluss auf die Lieferkette, wie Warengruppenverantwortliche, strategische Einkäufer:innen und Beschaffungsmanager:innen, werden gezielt geschult.

Bei der DB Cargo wird das Thema LkSG innerhalb der Abteilung Compliance bearbeitet, sodass bereits umfassende Expertise im Bereich des Risikomanagements vorhanden ist. Die vorhandene Expertise wird durch die Unterstützung der Konzernleitung des DB-Konzerns, die eine Governance-Funktion gegenüber der DB Cargo AG wahrnimmt (siehe oben), ergänzt."

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurde im Berichtszeitraum eine regelmäßige (jährliche) Risikoanalyse durchgeführt, um menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken zu ermitteln, zu gewichten und zu priorisieren?

- Ja, für den eigenen Geschäftsbereich
- Ja, für unmittelbare Zulieferer

Beschreiben Sie, in welchem Zeitraum die jährliche Risikoanalyse durchgeführt worden ist.

"Im eigenen Geschäftsbereich wurde die abstrakte und konkrete Risikoanalyse im zweiten und dritten Quartal des Jahres 2024 durchgeführt. Ende des dritten Quartals wurde die konkrete Risikoanalyse abgeschlossen und die Ergebnisse wurden anschließend bereitgestellt.

Die abstrakte und konkrete Risikoanalyse in der Lieferkette wurden im ersten und zweiten Quartal des Jahres 2024 durchgeführt. Der Abschluss der Risikoanalyse und die Darstellung der Ergebnisse erfolgte Ende des dritten Quartals."

Beschreiben Sie das Verfahren der Risikoanalyse.

Die jährliche Risikoanalyse ist zweistufig aufgebaut und beginnt mit einer abstrakten Risikoanalyse im Hinblick auf die Risikofelder des LkSG. Zur kontinuierlichen Identifikation länder- und branchenspezifischer Risiken im eigenen Geschäftsbereich und bei unmittelbaren Zulieferern nutzen wir die Risikodaten eines externen, spezialisierten Anbieters. Die Bewertung der Länder- und Branchenrisiken erfolgt durch eine Vielzahl an Indikatoren (Orientierung auf Basis der Risikodatenbank des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Nutzung qualitativer Daten von Institutionen wie dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und MVO Nederland) sowie öffentlich zugänglicher Berichte und Medienquellen. Die Bewertungen der Länder- und Branchenrisiken werden kombiniert, um eine abstrakte Risikobewertung zu erstellen.

Besonders dann, wenn unsere abstrakte Risikoanalyse erhöhte Risiken aufzeigt, unterziehen wir daraufhin unseren eigenen Geschäftsbereich sowie unsere unmittelbaren Zulieferer einer eingehenderen Untersuchung. Das Ziel dieser sogenannten konkreten Risikoanalyse besteht darin, die vorliegenden Risikodispositionen für Verletzungen von Menschen- und Umweltrechten zu identifizieren. Um zu bestimmen, welche Gesellschaften und Zulieferer vertieft betrachtet werden, verwenden wir einen risikobasierten Ansatz.

Bestehende Risiken können durch angemessene Präventionsmaßnahmen minimiert werden. Zur

Ermittlung der bestehenden Risiken sowie der bereits vorhandenen risikomindernden Maßnahmen, nutzen wir risikobasiert Fragebögen und berücksichtigen bestehende, anerkannte Nachhaltigkeitsbewertungen von Gesellschaften und Zulieferern zur Analyse der abstrakt auffällig erhöhten Risikodisposition. Auf diese Weise sind wir in der Lage, (potenziell) fehlende Maßnahmen zur Risikoreduktion zu identifizieren und die Umsetzung (weiterer) effektiver Maßnahmen zur Risikoreduktion zu veranlassen. Nach dem Abschluss der konkreten Risikoanalyse werden die Risikoerkenntnisse zur Eintrittswahrscheinlichkeit einer Verletzung anhand der Angemessenheitskriterien der Schwere einer möglichen Verletzung, dem vorliegenden Einflussvermögen sowie dem Verursachungsbeitrag priorisiert.

Liegen tatsächliche Anhaltspunkte, wie besondere Ereignisse, Hinweise oder Berichte vor, die auf mögliche Risiken oder Verletzungen von menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflichten in unserem eigenen Geschäftsbereich oder unserer Lieferkette hindeuten, führen wir zusätzlich anlassbezogene Risikoanalysen durch. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn wir substantiierte Kenntnis von möglichen Verletzungen einer menschenrechtsbezogenen oder umweltbezogenen Pflicht bei unseren (un-)mittelbaren Zulieferern erlangen. Ebenso ist eine anlassbezogene Risikoanalyse angezeigt, wenn wir – etwa durch die Einführung neuer Produkte oder den Eintritt in neue Märkte – mit einer wesentlich veränderten oder wesentlich erweiterten Risikolage rechnen müssen.

Wir nutzen die aus den regelmäßigen und anlassbezogenen Risikoanalysen gewonnenen Erkenntnisse, um strategische Entscheidungen wie Markteintritte und -austritte, die Beteiligung an bestimmten Vorhaben oder die Verankerung geeigneter Präventions- und Abhilfemaßnahmen zu unterstützen. Wir streben an, die Vorgehensweise unserer Risikoanalyse kontinuierlich zu verbessern, indem wir unsere Datengrundlage stetig erweitern und die Erkenntnisse, die wir aus der Erfüllung unserer Sorgfaltspflichten und durch unser Beschwerdeverfahren gewinnen, fortlaufend in den Risikomanagementprozess einfließen lassen.

Die "ermittelten Risiken", die in Abschnitt B1 aufgeführt sind, stellen die initialen Ergebnisse der abstrakten Risikoanalyse dar, bevor sie plausibilisiert und der konkreten Risikoanalyse unterzogen wurden. Bei diesen "ermittelten Risiken" handelt es sich um lediglich abstrakte Risiken, ohne dass Präventionsmaßnahmen berücksichtigt wurden. Die "priorisierten Risiken" in den Abschnitten B2 und B3 repräsentieren hingegen die menschenrechtlichen und umweltbezogenen Themen, die auf Grundlage der anschließenden konkreten Risikoanalyse priorisiert wurden (vgl. auch die Ausführungen in der Grundsatzklärung).

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurden im Berichtszeitraum auch anlassbezogene Risikoanalysen durchgeführt?

- Nein

Begründen Sie Ihre Antwort.

Wir haben keine substantiierte Kenntnis einer möglichen Verletzung einer menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Pflicht bei mittelbaren Zulieferern und es gab auch keine Veränderung der Geschäftstätigkeit mit Auswirkung auf die Risikolage.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Ergebnisse der Risikoermittlung

Welche Risiken wurden im Rahmen der Risikoanalyse(n) im eigenen Geschäftsbereich ermittelt?

- Verbot der Beauftragung oder Nutzung privater/öffentlicher Sicherheitskräfte, die aufgrund mangelnder Unterweisung oder Kontrolle zu Beeinträchtigungen führen können
- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren
- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen
- Missachtung der Koalitionsfreiheit - Vereinigungsfreiheit & Recht auf Kollektivverhandlungen
- Widerrechtliche Verletzung von Landrechten
- Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei
- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung
- Verbot von Kinderarbeit
- Verbot des Vorenthaltens eines angemessenen Lohns
- Verbotene Produktion und/oder Verwendung von Stoffen im Anwendungsbereich des Stockholmer Übereinkommens (POP) sowie nicht umweltgerechter Umgang mit POP-haltigen Abfällen
- Verbotene Ein-/Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Basler Übereinkommens
- Verbotene Herstellung, Einsatz und/oder Entsorgung von Quecksilber (Minamata-Übereinkommen)

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Ergebnisse der Risikoermittlung

Welche Risiken wurden im Rahmen der Risikoanalyse(n) bei unmittelbaren Zulieferern ermittelt?

- Verbot der Beauftragung oder Nutzung privater/öffentlicher Sicherheitskräfte, die aufgrund mangelnder Unterweisung oder Kontrolle zu Beeinträchtigungen führen können
- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren
- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen
- Missachtung der Koalitionsfreiheit - Vereinigungsfreiheit & Recht auf Kollektivverhandlungen
- Widerrechtliche Verletzung von Landrechten
- Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei
- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung
- Verbot von Kinderarbeit
- Verbot des Vorenthaltens eines angemessenen Lohns
- Verbotene Produktion und/oder Verwendung von Stoffen im Anwendungsbereich des Stockholmer Übereinkommens (POP) sowie nicht umweltgerechter Umgang mit POP-haltigen Abfällen
- Verbotene Ein-/Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Basler Übereinkommens
- Verbotene Herstellung, Einsatz und/oder Entsorgung von Quecksilber (Minamata-Übereinkommen)

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurden die im Berichtszeitraum ermittelten Risiken gewichtet und ggf. priorisiert und wenn ja, auf Basis welcher Angemessenheitskriterien?

- Ja, auf Basis der zu erwarteten Schwere der Verletzung nach Grad, Anzahl der Betroffenen und Unumkehrbarkeit
- Ja, auf Basis des eigenen Einflussvermögens
- Ja, auf Basis der Wahrscheinlichkeit des Eintritts
- Ja, auf Basis der Art und Umfang der eigenen Geschäftstätigkeit
- Ja, auf Basis der Art des Verursachungsbeitrags

Beschreiben Sie näher, wie bei der Gewichtung und ggf. Priorisierung vorgegangen wurde und welche Abwägungen dabei getroffen worden sind.

"Die Methodik zur Gewichtung und Priorisierung der ermittelten Risiken wurde unter Berücksichtigung des Angemessenheitsgrundsatzes entwickelt und konzernweit einheitlich angewendet, um eine gleichlaufende Bewertung der ermittelten Risiken sicherzustellen. Die ermittelten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken wurden auf Basis der Angemessenheitskriterien des § 3 Absatz 2 LkSG gewichtet und priorisiert. Diese umfassen die Art und den Umfang der Geschäftstätigkeit, das Einflussvermögen, die Schwere und Eintrittswahrscheinlichkeit sowie den Verursachungsbeitrag.

Die Gewichtung und Priorisierung der Risiken erfolgten transparent und nachvollziehbar nach einer konsistent angewandten Systematik. Im Rahmen der Gewichtung und Priorisierung der Risiken verwenden wir einen Schwellwert (Bagatellgrenze) in Höhe eines bestimmten Einkaufsvolumens. Die Bestimmung des Schwellenwertes erfolgt anhand einer sorgfältigen Abwägung, die insbesondere das unternehmerische Einflussvermögen sowie eng damit verknüpft das Kriterium der Art des Verursachungsbeitrags berücksichtigt. Unser risikobasiertes Vorgehen mündet final in einer gesamthaften Betrachtung der Eintrittswahrscheinlichkeit (Kombination der abstrakten Risikobewertung in Verbindung mit der Selbsteinschätzung der Lieferanten), dem Einflussvermögen aufgrund unseres Einkaufsvolumens im Verhältnis zum Gesamtumsatz des Lieferanten sowie dem Verursachungsbeitrag und der Schwere der Verletzung. Die Schwerebewertung erfolgt anhand der Kriterien zum Grad der Verletzung, der Anzahl der Betroffenen sowie der Unumkehrbarkeit. Die Festlegung der Werte wurde anhand einer Skala vorgenommen.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Welche Risiken wurden im Berichtszeitraum im eigenen Geschäftsbereich priorisiert?

- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen
- Verbotene Ein-/Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Basler Übereinkommens

Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen

Um welches konkrete Risiko geht es?

Die Priorisierung dieser Risikofelder wird aufgrund der geografischen Lage unserer ausländischen Tochterunternehmen (z.B. in Ost- und Südeuropa) und der ihnen zugeordneten Branche (Transport und Logistik) und somit eines erhöhten Risikos vorgenommen. Bisher sind keine wesentlichen Verstöße in diesen Bereichen bekannt.

Wo tritt das Risiko auf?

- Bulgarien
- Polen
- Rumänien

Verbotene Ein-/Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Basler Übereinkommens

Um welches konkrete Risiko geht es?

Die Priorisierung dieser Risikofelder wird aufgrund der geografischen Lage unserer ausländischen Tochterunternehmen (z.B. in Ost- und Südeuropa) und der ihnen zugeordneten Branche (Transport und Logistik) und somit eines erhöhten Risikos vorgenommen. Bisher sind keine wesentlichen Verstöße in diesen Bereichen bekannt.

Wo tritt das Risiko auf?

- Bulgarien
- Polen
- Rumänien

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken im eigenen Geschäftsbereich umgesetzt?

- Durchführung von Schulungen in relevanten Geschäftsbereichen

Beschreiben Sie die umgesetzten Maßnahmen und spezifizieren Sie insbesondere den Umfang (z.B. Anzahl, Abdeckung/Geltungsbereich).

Es werden Schulungen angeboten, die speziell für die ordnungsgemäße Verankerung und Umsetzung der menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten nach dem LkSG entwickelt wurden. Alle Mitarbeitenden des DB-Konzerns, die mit der Umsetzung und Überwachung des LkSG betraut sind, haben Zugang zu einer Schulung, die grundlegende Kenntnisse zum LkSG vermittelt ("Erst-Schulung"). Zusätzlich werden fach- und rollenspezifische Schulungen angeboten.

Mitarbeitende, die mit der Bearbeitung von Beschwerden betraut sind, haben Zugang zu verschiedenen Schulungen. Diese decken die Aufklärung von Sachverhalten im eigenen Geschäftsbereich sowie in der Lieferkette ab und vertiefen das Verständnis für die verschiedenen menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risikofelder. Hiervon umfasst sind unter anderem auch die Themen Ungleichbehandlung sowie Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen.

Des Weiteren werden verschiedene Schulungsinhalte für LkSG-Beauftragte und -Koordinator:innen bereitgestellt, unter anderem zu Themen wie der Überwachung und Verankerung des Risikomanagements zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten und zur Grundsatzklärung sowie Berichterstattung.

Zusätzlich werden Schulungen für Mitarbeitende in den Beschaffungsprozessen angeboten, darunter ein E-Learning zu verantwortungsvollem Beschaffungsverhalten sowie ebenfalls Inhalte zur Vertiefung von Kenntnissen zu den einzelnen menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risikofeldern. Für Ausführungen zu diesen Schulungen verweisen wir auf den Abschnitt B3 zu den Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern.

Bei DB Cargo AG wurden weitere Sensibilisierungen im Bereich HR und regelmäßig in Meetings mit Compliance-Vertreter:innen der Tochtergesellschaften durchgeführt.

Beschreiben Sie, inwiefern die Schulungen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Anhand von Fragebögen, Managementsystemen, Mitarbeitendenbefragungen etc. können wir überprüfen, ob unsere menschenrechtlichen und umweltbezogenen Erwartungen tatsächlich umgesetzt wurden (Vergleich Ist-/Soll-Zustand). Dies dient uns zur kontinuierlichen Anpassung und Verbesserung unseres Risikomanagements (z.B. Überarbeitung von internen Richtlinien, Verankerung neuer Präventionsmaßnahmen) und ist daher entscheidend, um unseren prioritären Risiken wirksam vorzubeugen und sie zu minimieren.

Für Ausführungen zur Wirksamkeitsprüfung wird außerdem auf die Ausführungen in Abschnitt E ""Überprüfung des Risikomanagements"" verwiesen.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Welche Risiken wurden für den Berichtszeitraum bei unmittelbaren Zulieferern priorisiert?

- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung

Um welches konkrete Risiko geht es?

Zur Priorisierung der Risikofelder wurde im Zuge der jährlichen Risikoanalyse eine Ergebnis-Analyse durchgeführt. Dabei wurden die Ergebnisse gesamthaft unter Einbeziehung der Angemessenheitskriterien des LkSG und weiterer Faktoren, wie den Erkenntnissen aus dem Beschwerdeverfahren, relativ bewertet und validiert. Das Risikofeld wies hierbei mittlere bis erhöhte Risiken auf.

Wo tritt das Risiko auf?

- Türkei
- Ungarn

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken bei unmittelbaren Zulieferern umgesetzt?

- Entwicklung und Implementierung geeigneter Beschaffungsstrategien und Einkaufspraktiken
- Integration von Erwartungen in die Zuliefererauswahl
- Einholen vertraglicher Zusicherung für die Einhaltung und Umsetzung der Erwartungen entlang der Lieferkette
- Schulungen und Weiterbildungen zur Durchsetzung der vertraglichen Zusicherung
- Vereinbarung und Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen
- Andere/weitere Maßnahmen: Versendung von Fragebögen; Überarbeitung unseres DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner; Engagement in Verbänden, Brancheninitiativen und Nachhaltigkeitsnetzwerken

Andere Kategorien:

ausgewählt:

- Integration von Erwartungen in die Zuliefererauswahl
- Einholen vertraglicher Zusicherung für die Einhaltung und Umsetzung der Erwartungen entlang der Lieferkette
- Schulungen und Weiterbildungen zur Durchsetzung der vertraglichen Zusicherung
- Vereinbarung und Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen
- Andere/weitere Maßnahmen

Beschreiben Sie, inwiefern die Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Die verpflichtende vertragliche Zusicherung für die Einhaltung und Umsetzung unserer Erwartungen über den DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner schafft eine rechtlich verbindliche Grundlage, die es uns (z.B. durch risikobasierte Kontrollmaßnahmen wie Audits) ermöglicht, die Einhaltung der menschenrechtlichen und umweltbezogenen Anforderungen zu überwachen und bei Verstößen Konsequenzen zu ziehen (siehe oben).

Um sicherzustellen, dass die von unseren Zulieferern ggf. ergriffenen Präventionsmaßnahmen zur Risikominimierung möglichst effektiv sind, stellen wir Unterstützung wie z.B. von Expert:innen erarbeitete Präventionsmaßnahmenkataloge zur Verfügung. Im Einklang mit dem Prinzip der Angemessenheit achten wir darauf, dass unseren Lieferanten keine unzumutbaren Pflichten auferlegt werden, beispielsweise indem wir Maßnahmen priorisieren (z.B. Risikopriorisierung anhand Schwere und Einflussvermögen) und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) bei der schrittweisen Ergreifung geeigneter (Verbesserungs-)Maßnahmen unterstützen.

Unser partnerschaftlicher Ansatz wird im DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner betont (siehe oben).

Angemessenheit und Wirksamkeit werden jährlich sowie anlassbezogen überprüft. Für weitere Ausführungen zur Wirksamkeitsprüfung wird auf Abschnitt E "Überprüfung des Risikomanagements" verwiesen.

Kategorie: Beschaffungsstrategie & Einkaufspraktiken

ausgewählt:

- Entwicklung und Implementierung geeigneter Beschaffungsstrategien und Einkaufspraktiken

Beschreiben Sie die umgesetzten Maßnahmen und inwieweit die Festlegung von Lieferzeiten, von Einkaufspreisen oder die Dauer von Vertragsbeziehungen angepasst wurden.

Beschreibung anderer/weiterer Maßnahmen:

Durch die Versendung von Fragebögen im Rahmen der konkreten Risikoanalyse haben wir unsere Lieferanten risikobasiert befragt, welche präventiven Maßnahmen sie in Bezug auf die entsprechenden LkSG-Risikofelder bereits umgesetzt haben sowie vorhandene ESG Scores analysiert. Auf dieser Grundlage haben wir eine Auswahl an Lieferanten zu Lieferantengesprächen eingeladen. Die Gespräche dienen dazu, die Lieferanten für die prioritären Risikofelder zu sensibilisieren und mögliche Verbesserungsmaßnahmen zu erörtern. Hierbei unterstützen wir unsere Lieferanten durch fachliche Hinweise im Rahmen der Angemessenheit. Für die Lieferantengespräche wurde ein umfangreiches Toolkit erstellt, das u.a. Maßnahmenvorschläge für jedes Risikofeld enthält. Dabei wurde auch Feedback von Expert:innen des Helpdesk der Bundesregierung berücksichtigt. Die mit der Durchführung der Lieferantengespräche betrauten Personen wurden zum Toolkit geschult. In Einzelfällen überprüfen wir die Einhaltung der LkSG-Anforderungen bei unseren strategischen Partnern mit Vor-Ort-Audits, sofern die Branche, das Land des Geschäftssitzes oder die Lieferketten einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind. Seit 2024 ist die Deutsche Bahn Mitglied einer Audit-Pooling-Plattform, wodurch die erneute Auditierung bereits geprüfter Lieferanten vermieden wird, was den partnerschaftlichen Ansatz stärkt. Dies fördert eine unternehmensübergreifende Informationsbasis und trägt zur Kostensenkung bei, während die Risikobewertung weiter verbessert wird.

Durch die Überarbeitung unseres DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner im Hinblick auf die Anforderungen des LkSG betonen wir nun die gemeinsame Verantwortung von DB und Lieferanten sowie unseren partnerschaftlichen Ansatz. Dadurch schaffen wir eine positive und offene Atmosphäre für die Umsetzung der Maßnahmen. Wir betonen außerdem, dass wir von unseren Lieferanten kontinuierliche Verbesserungen erwarten, dialogbereit sind, um die Verbesserungen zu gestalten und einen Abbruch der Geschäftsbeziehung nur als letztes Mittel in Erwägung ziehen. Die Einhaltung des DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner und der dort enthaltenen Grundsätze für einen ethischen und verantwortungsvollen Umgang mit Mensch und

Umwelt entlang der Lieferketten ist die Basis der Geschäftsbeziehung mit der Beschaffung der Deutschen Bahn AG. Wir stellen unseren Lieferanten außerdem ein E-Learning zur Verfügung, in dem wir alle Anforderungen des LkSG und des Verhaltenskodexes erläutern.

Darüber hinaus engagieren wir uns in Verbänden, Brancheninitiativen und Nachhaltigkeitsnetzwerken, um Lösungen für nachhaltiges Wirtschaften anzustoßen und zu entwickeln.

Beschreiben Sie die umgesetzten Maßnahmen und inwieweit die Festlegung von Lieferzeiten, von Einkaufspreisen oder die Dauer von Vertragsbeziehungen angepasst wurden.

"Im internen Verhaltenskodex („Konzerngrundsätze Ethik“) fordert die Deutsche Bahn AG von ihren Führungskräften und Mitarbeitenden eine risikobasierte Einkaufspraxis, die Anreize für Nachhaltigkeit setzt und eigene Verursachungsbeiträge zu erkannten Risiken minimiert. Entsprechend strebt der Bereich Beschaffung der Deutschen Bahn AG nach einer ausgewogenen Umsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Ziele und hat dies in seiner Beschaffungspolitik verankert. Unsere soziale und ökologische Verantwortung haben wir risikobasiert in Warengruppenstrategien eingearbeitet und in Vergaben als Eignungs-, Leistungs-, Wertungs- oder Durchführungskriterium verankert. Wir legen Wert auf Nachhaltigkeitsbewertungen unserer Lieferanten hinsichtlich des Managementsystems, ihrer Aktivitäten und Ergebnisse. Das Vorhandensein einer Nachhaltigkeitsbewertung machen wir schrittweise zur vertraglichen Verpflichtung bei Vergaben ab einem bestimmten Zuschlagswert. Wir fordern die Berücksichtigung der Dimensionen Umwelt, Arbeitsschutz, Menschenrechte, Geschäftspraktiken und Lieferkette im Rahmen unseres DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner auch von unseren Lieferanten.

Seit dem Inkrafttreten des LkSG haben wir unsere Anstrengungen im Bereich nachhaltiger Beschaffung weiter verstärkt. So wurde in die Verhaltenskodizes jeweils explizit aufgenommen, dass wir uns zu einer verantwortungsvollen Einkaufspraxis bekennen, die Anreize für mehr Nachhaltigkeit bei unseren Lieferanten setzt.

Um die am Einkaufsprozess beteiligten Personen – Bedarfsträger:innen und Beschaffungsmitarbeitende – zu befähigen, diese Anforderungen umzusetzen, haben wir in einem internen Projekt zwischen Einkauf und Nachhaltigkeitsabteilung die Beschaffungsschulung weiterentwickelt und durch einen Umsetzungsleitfaden und Leitfäden zur Umsetzbarkeit von Nachhaltigkeit im für uns als öffentlichem Unternehmen hochrelevanten öffentlichen Vergabeverfahren ergänzt. Die Personen, die das Beschaffungsverhalten ausgewählter Warengruppen beeinflussen, absolvieren verpflichtend die entwickelte Schulung. Zusätzlich haben wir aufgrund der besonderen Risikoanfälligkeit des Bereichs Trucking, auf die wir durch

Beschwerden und öffentliche Berichte aufmerksam wurden, eine spezifische Schulung für Einkaufende von Truckingdienstleistungen erstellt, in der auf die besonderen Risiken und mögliche spezifische Gegenmaßnahmen eingegangen wird, um für die Rahmenbedingungen dieser Lieferkette zu sensibilisieren. Bei der Durchführung dieser Schulung wurde deutlich, dass wir auf das kooperative Verhalten unserer Kund:innen angewiesen sind. Unsere Fähigkeit, Risikoursachen zu adressieren, hängt maßgeblich davon ab, ob unsere Kund:innen ihrerseits bei Preissetzung, Lieferzeitgestaltung etc. die Problematik mitdenken."

Beschreiben Sie, inwiefern Anpassungen in der eigenen Beschaffungsstrategie und den Einkaufspraktiken zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken beitragen sollen.

Durch Schulungen und Aufklärungsmaßnahmen für die Personen, die mit der Umsetzung des LkSG befasst sind, soll dafür sensibilisiert werden, dass Einkaufspraktiken die Fähigkeit des Lieferanten, Risiken zu minimieren, sowohl positiv als auch negativ beeinflussen können. So kann die Gestaltung von Eignungs-, Leistungs-, Wertungs- oder Durchführungskriterien bei der Definition des Bedarfs und während des Beschaffungsprozesses dem Lieferanten klare Signale darüber geben, welche Schwerpunkte er in der Angebotslegung setzen soll. Zusätzlich können die Preisgestaltung, die Festlegung der Lieferzeit und die Vertragslaufzeit - je nach Bedeutung des Kundenunternehmens für den Umsatz des Lieferanten - einen potenziell bedeutenden Einfluss darauf haben, ob der Lieferant in der Lage ist, Menschenrechtsstandards einzuhalten. Gleichzeitig sind die Handlungsmöglichkeiten der Bedarfsträger:innen und der Beschaffung durch die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen begrenzt. Das Erkennen dieser Zielkonflikte und ein risikominimierender Umgang mit ihnen sind ebenfalls Gegenstand der zuvor genannten Schulungs- und Aufklärungsarbeit für unsere Bedarfsträger:innen und unsere Beschaffung, die risikobasiert aufgebaut werden.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B5. Kommunikation der Ergebnisse

Wurden die Ergebnisse der Risikoanalyse(n) für den Berichtszeitraum intern an maßgebliche Entscheidungsträger:innen kommuniziert?

Es wird bestätigt, dass die Ergebnisse der Risikoanalyse(n) für den Berichtszeitraum intern gem. § 5 Abs. 3 LkSG an die maßgeblichen Entscheidungsträger:innen, etwa an den Vorstand, die Geschäftsführung oder an die Einkaufsabteilung, kommuniziert wurden.

- Bestätigt

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B6. Änderungen der Risikodisposition

Welche Änderungen bzgl. prioritärer Risiken haben sich im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum ergeben?

Im Berichtszeitraum 2024 haben sich im Vergleich zum Vorjahr Änderungen hinsichtlich der priorisierten Risiken sowohl im eigenen Geschäftsbereich als auch im Bereich der unmittelbaren Zulieferer ergeben. Es ist hervorzuheben, dass wir in 2024 die Methodik der Risikoanalyse im Zuge der Weiterentwicklung verändert haben im Vergleich zum Vorjahr. Ziel der Veränderung ist die verbesserte und zielgenauere Identifikation der bestehenden Risikosituation. Grundlage der Priorisierung in 2024 war die Datengrundlage eines externen Tool-Anbieters, die eine (Neu-)Gewichtung der Risiken ermöglichten. Priorisierte Themengebiete des Berichtszeitraums 2023 wurden z.B. durch Risikofragenbögen in den Fokus genommen und konnten im Berichtszeitraum 2024 daher teilweise depriorisiert werden.

Im Berichtszeitraum 2023 wurden im eigenen Geschäftsbereich folgende Risiken priorisiert:

- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung
- Missachtung der Koalitionsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf Kollektivverhandlungen

□

Im Berichtszeitraum 2024 haben wir im eigenen Geschäftsbereich die folgenden Risiken priorisiert:

- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen
- Verbotene Ein-/Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Basler Übereinkommens

Im Berichtszeitraum 2023 haben wir im Bereich der unmittelbaren Zulieferer folgende Risikofelder priorisiert:

- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen
- Verbotene Ein-/Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Basler Übereinkommens
- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren (§ 2 Absatz 2 Nr. 5 LkSG)
- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung
- Missachtung der Koalitionsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen

Im Berichtszeitraum 2024 haben wir im Bereich der unmittelbaren Zulieferer folgende Risikofelder priorisiert:

- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung

□

Veränderungen, insbesondere in komplexen Prozessen, erfordern Zeit und kontinuierliche Anstrengung, um nachhaltige Ergebnisse erzielen zu können. Wir haben uns daher für ein teilweises

Beibehalten der Priorisierung der Risiken im vergangenen Jahr entschieden.

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C1. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Wurden im Berichtszeitraum Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich festgestellt?

- Nein

Beschreiben Sie, anhand welcher Verfahren Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich festgestellt werden können.

Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich können über das Beschwerdeverfahren der Deutsche Bahn AG gemeldet werden. Für Details zum Beschwerdeverfahren wird auf die umfangreichen Erläuterungen im Abschnitt D „Beschwerdeverfahren“ verwiesen. Zudem können Verletzungen anhand unserer regelmäßigen sowie anlassbezogenen LkSG-Risikoanalyse festgestellt werden.

Darüber hinaus gibt es verschiedene weitere themenspezifische Anlaufstellen, über die Kenntnis von Verletzungen erlangt werden kann (z.B. Ombudsstelle, Compliance-Verantwortliche, Bedrohungsmanagement, Clearingstelle für Gleichbehandlung und zum Schutz vor Diskriminierung u.a.).

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Wurden für den Berichtszeitraum Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Nein

Beschreiben Sie, anhand welcher Verfahren Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt werden können.

Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern können über das Beschwerdeverfahren der Deutsche Bahn AG festgestellt werden. Für Details zum Beschwerdeverfahren wird auf die umfangreichen Erläuterungen im Abschnitt „Beschwerdeverfahren“ verwiesen. Zudem können Verletzungen anhand unserer regelmäßigen sowie anlassbezogenen LkSG-Risikoanalyse festgestellt werden. Außerdem kann mithilfe von (Vor-Ort-)Audits Kenntnis von Verletzungen erlangt werden (vgl. auch die Ausführungen im Abschnitt B3 "Präventionsmaßnahmen")

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C3. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern

Wurden im Berichtszeitraum Verletzungen bei mittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Ja

Beschreiben Sie, auf welcher Basis die festgestellten Verletzungen gewichtet & priorisiert wurden und welche Abwägungen dabei getroffen worden sind.

Bei den festgestellten Verletzungen handelte es sich um Einzelfälle, die eine umfangreiche Aufarbeitung ermöglichten. Eine Gewichtung und Priorisierung der festgestellten Verletzungen war mithin nicht notwendig, da die Einzelfällen vollumfänglich betrachtet wurden und entsprechende Maßnahmen einleiten werden konnten.

Beschreiben Sie, welche Abhilfemaßnahmen ggfs. ergriffen wurden, und insbesondere welche Abwägungen in Bezug auf die Auswahl und Gestaltung von Maßnahmen im Rahmen der entsprechenden Konzepte zur Beendigung und Minimierung getroffen wurden.

Folgende Maßnahmen wurden ergriffen:

- Strenge Kontrolle der Untervergabe von Transporten
- Schulung aller Einkaufsmitarbeiter zu Risiken im Prozess der Vergabe
- Kommunikation mit den betroffenen Kunden

In welchen Themen wurden Verletzungen bei mittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei
- Verbot des Vorenthaltens eines angemessenen Lohns
- Sonstige Verbote: Verbot der körperlichen Gewalt (§ 2 Abs. 2 Nr. 12 LkSG i.V.m. Recht auf Gesundheit)

Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei

Geben Sie die Anzahl an (Optionale Angabe)

1

Verbot des Vorenthaltens eines angemessenen Lohns

Geben Sie die Anzahl an (Optionale Angabe)

1

Sonstige Verbote

Geben Sie die Anzahl an (Optionale Angabe)

1

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C3. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern

Sofern Verletzungen bei mittelbaren Zulieferern nicht innerhalb eines absehbaren Zeitraums trotz entsprechender Konzepte verhindert, beendet oder minimiert werden konnten:

Beschreiben Sie Ihre weiteren Maßnahmen.

Maßnahmen wurden erfolgreich umgesetzt

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

In welcher Form wurde für den Berichtszeitraum ein Beschwerdeverfahren angeboten?

- Unternehmenseigenes Beschwerdeverfahren

Beschreiben Sie das unternehmenseigene Verfahren und/oder das Verfahren an dem sich Ihr Unternehmen beteiligt.

"Die Deutsche Bahn AG hält ein Beschwerdeverfahren nach § 8 LkSG bereit, über das Meldungen auf menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken sowie Verletzungen menschenrechts- oder umweltbezogener Pflichten gemeldet werden können, unabhängig davon, ob sie in der Lieferkette oder unserem eigenen Geschäftsbereich entstanden sind. Das Beschwerdeverfahren soll jeder Person oder Personengruppe die Möglichkeit bieten, relevante Meldungen gegenüber der Deutschen Bahn AG und ihren Tochtergesellschaften einreichen zu können, um auf potenzielle Menschenrechts- und Umweltrisiken bzw. -verletzungen aufmerksam zu machen. Es fungiert somit als Frühwarnsystem und stellt den Zugang zu angemessener Abhilfe sicher.

Hinweise können jederzeit auf zwei verschiedenen Wegen abgegeben werden: Neben der postalischen Kontaktmöglichkeit an Deutsche Bahn AG, Nachhaltigkeit und Umwelt, LkSG-Beschwerdeverfahren, Potsdamer Platz 2, 10785 Berlin, steht unter <https://www.bkms-system.net/deutschebahn> ein elektronisches Hinweissystem als Beschwerdekanaal zur Verfügung, welches wir entsprechend den Anforderungen des LkSG erweitert haben. Das System kann in 22 Sprachen genutzt werden.

Der Schutz der hinweisgebenden Personen vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund von abgegebenen Meldungen ist ein wichtiger Bestandteil unseres Beschwerdeverfahrens. Alle Meldungen, unabhängig davon, auf welchem Weg sie eingehen, werden streng vertraulich und – auf Wunsch – anonym behandelt. Das elektronische Hinweissystem ermöglicht die Einrichtung eines Postfaches, durch das die hinweisgebende Person unter Vertraulichkeit ihrer Identität mit der Deutschen Bahn AG und ihren Tochtergesellschaften kommunizieren kann.

Die für das Beschwerdeverfahren zuständigen Mitarbeitenden der Deutschen Bahn AG oder der jeweiligen DB-Tochtergesellschaft sind speziell für die Bearbeitung von LkSG-Meldungen beauftragt und entsprechend geschult. Alle Mitarbeitenden, die für die Bearbeitung zuständig sind, verfügen über folgende Eigenschaften. Sie sind:

- unparteiisch,
- unabhängig,
- an fachliche Weisungen nicht gebunden,
- zur Verschwiegenheit verpflichtet,

- entsprechend geschult und
- mit ausreichend zeitlichen Ressourcen ausgestattet.

Weiterführende Informationen finden sich in unserer Verfahrensordnung (siehe unten).

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

Welche potenziell Beteiligten haben Zugang zu dem Beschwerdeverfahren?

- Eigene Arbeitnehmer
- Gemeinschaften in der Nähe von eigenen Standorten
- Arbeitnehmer bei Zulieferern
- Externe Stakeholder wie NGOs, Gewerkschaften, etc
- Sonstige: Das Beschwerdeverfahren steht allen Personen im In- und Ausland zur Verfügung.

Wie wird der Zugang zum Beschwerdeverfahren für die verschiedenen Gruppen von potenziell Beteiligten sichergestellt?

- Öffentlich zugängliche Verfahrensordnung in Textform
- Informationen zur Erreichbarkeit
- Informationen zur Zuständigkeit
- Informationen zum Prozess
- Sämtliche Informationen sind klar und verständlich
- Sämtliche Informationen sind öffentlich zugänglich

Öffentlich zugängliche Verfahrensordnung in Textform

Optional: Beschreiben Sie.

Unsere Verfahrensordnung gibt einen Überblick über die wesentlichen Merkmale des Beschwerdeverfahrens, den Zugang zum Verfahren sowie die Zuständigkeiten. Des Weiteren informiert sie über den Umgang mit eingehenden Meldungen und den Ablauf des Beschwerdeverfahrens. Uns ist wichtig, diese Informationen verständlich und nachvollziehbar darzustellen, um größtmögliche Transparenz über den Prozess zu schaffen.

Bei der Ausarbeitung der Verfahrensordnung haben wir besonderen Wert auf eine strukturierte Darstellung gelegt, die sich an den typischen Fragen orientiert, die hinweisgebende Personen bei der Abgabe von Meldungen haben könnten.

Informationen zur Erreichbarkeit

Optional: Beschreiben Sie.

"Informationen zur Erreichbarkeit unseres Beschwerdeverfahrens sind nicht nur in der ausführlichen Verfahrensordnung zu finden, sondern werden auch auf unserer Webseite <https://www.deutschebahn.com/lksg> in prägnanter und leicht verständlicher Form dargestellt,

um durch eine zielgruppengerechte Kommunikation die Zugänglichkeit des Verfahrens zu erhöhen.

Das Beschwerderverfahren ist postalisch über die folgende Adresse erreichbar:

Deutsche Bahn AG
Nachhaltigkeit und Umwelt
LkSG-Beschwerdeverfahren
Potsdamer Platz 2
10785 Berlin

Darüber hinaus können Hinweise elektronisch über unser elektronisches Hinweissystem eingereicht werden unter <https://www.bkms-system.net/bkwebanon/report/clientInfo?cin=4db2&c=-1&language=ger.>

Informationen zur Zuständigkeit

Optional: Beschreiben Sie.

"Bei den über das Beschwerdeverfahren eingehenden Meldungen findet eine initiale Prüfung der gemeldeten Sachverhalte bei der Konzernleitung (Deutsche Bahn AG) statt. Dort wird zunächst eine Erstbewertung der eingegangenen Meldungen vorgenommen (Prüfung des LkSG-Bezugs, Schlüssigkeit etc.). Die Zuständigkeit für die Durchführung der Erstbewertung aller eingegangenen Hinweise mit Schwerpunkt ""Menschen- und Umweltrechte"" liegt bei der Organisationseinheit „Nachhaltigkeit & Umwelt“ der Deutschen Bahn AG.

Liegt eine schlüssige Meldung mit LkSG-Bezug vor, wird die Meldung an die jeweils zuständigen bearbeitenden Personen für das Beschwerdeverfahren in der DB AG sowie in den DB-Tochtergesellschaften zur Erarbeitung, Erörterung und Bewertung des Sachverhalts zugewiesen. Für die Durchführung der Sachverhaltsaufklärung bei Meldungen mit Bezug zur zentralen Beschaffung wird der Hinweis an die Organisationseinheit Beschaffung weitergeleitet. Bei allen anderen Fällen erfolgt die Bearbeitung der Fälle durch die für das Beschwerdeverfahren zuständigen Personen der DB-Gesellschaften.

Die für Beschwerdeverfahren zuständigen Personen der DB-Gesellschaften und der DB AG sind speziell für die Bearbeitung von LkSG-Meldungen beauftragt und entsprechend geschult. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sind sie unparteiisch und nicht an fachliche Weisungen gebunden. Nach der Aufklärung des Sachverhalts wird eine Dokumentation erstellt. Diese wird für eine Qualitätsüberprüfung wieder an die Konzernleitung übergeben.

Werden bei der Sachverhaltsaufklärung tatsächlich menschenrechtliche oder umweltbezogene Risiken oder die Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht festgestellt,

werden die relevanten Informationen an die für die Durchführung von Präventions- und Abhilfemaßnahmen zuständigen Personen in den jeweiligen Organisationseinheiten/Fachbereichen der betroffenen DB-Gesellschaft weitergegeben."

Informationen zum Prozess

Optional: Beschreiben Sie.

"Nachdem ein Hinweis eingegangen ist, erhält die hinweisgebende Person innerhalb von einer Woche eine Eingangsbestätigung. Die Deutsche Bahn AG bzw. die betroffenen DB-Gesellschaften stehen während des gesamten Verfahrens mit der hinweisgebenden Person in Kontakt, sofern dies gewünscht wird und eine Kontaktmöglichkeit besteht.

Bei über unser Beschwerdeverfahren eingehenden Meldungen findet eine initiale Prüfung der gemeldeten Sachverhalte statt. Es wird zunächst eine Erstbewertung der eingegangenen Meldungen vorgenommen (Prüfung des LkSG-Bezugs, Schlüssigkeit etc.). Ebenfalls wird geprüft, welche DB-Gesellschaft oder welcher Lieferant von der Meldung betroffen ist. Anschließend erfolgt eine umfassende Sachverhaltsaufklärung, die in der Regel innerhalb von drei Monaten abgeschlossen ist.

Auf Basis der Erkenntnisse der Sachverhaltsklärung wird ein Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise erarbeitet. Wird im Verlauf der Sachverhaltsklärung festgestellt, dass eine Verletzung von menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Pflichten unmittelbar bevorsteht oder bereits stattfindet, werden unverzüglich Abhilfemaßnahmen eingeleitet."

Sämtliche Informationen sind klar und verständlich

Optional: Beschreiben Sie.

"Bei der Darstellung der Informationen zu unserem Beschwerdeverfahren konnten wir auf das vorhandene Wissen aus unserem bereits vor Inkrafttreten des LkSG bestehenden Hinweismanagement zurückgreifen. Um sicherzustellen, dass die Informationen verständlich sind, haben wir bei der Erstellung der Verfahrensordnung besonderen Wert auf eine klare und übersichtliche Darstellung gelegt, die sich an den typischen Fragen orientiert, die hinweisgebende Personen bei der Abgabe von Meldungen haben könnten. Bei Bedarf passen wir unsere Verfahrensordnung an. Darüber hinaus steht die Verfahrensordnung auch in englischer Sprache verfügbar.

Abschließend ist auch im Hinblick auf die tiefere Lieferkette im DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner festgehalten, dass unsere Geschäftspartner:innen angehalten sind, den Kodex intern, aber auch in ihrer Lieferkette sicherzustellen. Darüber hinaus informieren unsere Geschäftspartner:innen ihre Mitarbeitenden und die für sie tätigen Personen darüber, dass und wie sie Verstöße gegen diesen Kodex melden können."

Sämtliche Informationen sind öffentlich zugänglich

Optional: Beschreiben Sie.

Informationen zu unserem Beschwerdeverfahren sind öffentlich zugänglich. Auf unserer Webseite unter <https://www.deutschebahn.com/lksg> informieren wir über unser Beschwerdeverfahren. Die Verfahrensordnung ist auf unserer Webseite hochgeladen.

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

War die Verfahrensordnung für den Berichtszeitraum öffentlich verfügbar?

Datei wurde hochgeladen

Zur Verfahrensordnung:

https://nachhaltigkeit.deutschebahn.com/08_Dokumente/soziale_verantwortung/lksg/LkSG_Beschwerdeverfahren_Verfahrensordnung.pdf

D. Beschwerdeverfahren

D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren

Geben Sie die für das Verfahren zuständigen Person(en) und deren Funktion(en) an.

Im DB-Konzern wird ein konzernübergreifendes Beschwerdeverfahren genutzt. Für die Erstbewertung von allen Meldungen mit Bezug zu Menschenrechte und Umweltschutz ist die Organisationseinheit Nachhaltigkeit und Umwelt zuständig. Ist nach der Erstbewertung (Feststellung LkSG-Tatbestand sowie Schlüssigkeit) ein Bezug zur zentralen Beschaffung der DB AG erkennbar, sind Mitarbeitende der Organisationseinheit „Beschaffung“ der Deutschen Bahn AG zuständig. Bei den übrigen Meldungen werden die Fälle durch Mitarbeitende der Organisationseinheit „Nachhaltigkeit & Umwelt“ der Deutschen Bahn AG an die für das Beschwerdeverfahren zuständigen Personen in der Deutschen Bahn AG sowie in den DB-Tochtergesellschaften weitergeleitet. Hierbei handelt es sich um entsprechend geschulte Mitarbeitende.

Es wird bestätigt, dass die in § 8 Abs. 3 LkSG enthaltenen Kriterien für die Zuständigen erfüllt sind, d. h. dass diese die Gewähr für unparteiisches Handeln bieten, unabhängig und an Weisungen nicht gebunden und zur Verschwiegenheit verpflichtet sind

- Bestätigt

D. Beschwerdeverfahren

D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren

Es wird bestätigt, dass für den Berichtszeitraum Vorkehrungen getroffen wurden, um potenziell Beteiligte vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund einer Beschwerde zu schützen.

- Bestätigt

Beschreiben Sie, welche Vorkehrungen getroffen wurden, insbesondere wie das Beschwerdeverfahren die Vertraulichkeit der Identität von Hinweisgebenden gewährleistet.

Alle Meldungen werden nur von einem kleinen Kreis von ausgewählten und speziell geschulten Mitarbeitenden bearbeitet. Alle Informationen, wie beispielsweise personenbezogene Daten und sonstige Informationen, die Rückschlüsse auf die Identität der hinweisgebenden Person ermöglichen, werden vertraulich behandelt. Dies gilt auch nach Abschluss des Verfahrens. Beispielsweise werden verschlüsselte E-Mails und besonders geschützte Datenaufbewahrungssysteme genutzt, um den Schutz und die vertrauliche Behandlung sicherzustellen. Gemäß den gesetzlichen Vorgaben werden die unternehmensinternen Dokumentationen für sieben Jahre aufbewahrt und danach vernichtet.

Beschreiben Sie, welche Vorkehrungen getroffen wurden, insbesondere durch welche weiteren Maßnahmen Hinweisgebende geschützt werden.

Die Deutsche Bahn AG und ihre Tochtergesellschaften schützen hinweisgebende Personen vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund einer Meldung. Wir dulden daher keine Repressalien gegen hinweisgebende Personen, sowie weitere vom Hinweisgeberschutz umfasste Personen. Dieses Bekenntnis gilt für alle Vorstände, Geschäftsführende, Führungskräfte und Mitarbeitende weltweit und ist fest in unserem internen Verhaltenskodex (Konzerngrundsätze Ethik) verankert.

D. Beschwerdeverfahren

D3. Umsetzung des Beschwerdeverfahrens

Sind im Berichtszeitraum über das Beschwerdeverfahren Hinweise eingegangen?

- Ja

Führen Sie zu Anzahl, Inhalt, Dauer und Ergebnis der Verfahren näher aus.

"Im Zeitraum vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024 sind acht Hinweise über unser Beschwerdeverfahren nach § 8 LkSG eingegangen. Nach Überprüfung wiesen sieben dieser Hinweise einen LkSG-Bezug auf.

Zum Inhalt der Hinweise findet nachfolgend eine Aufschlüsselung bezüglich der verschiedenen Themengebiete statt.

Bei den bereits abgeschlossenen Fällen lag die Dauer der Bearbeitung bei durchschnittlich sechseinhalb Monaten. Die Dauer der Bearbeitung wird durch die Komplexität der jeweiligen Einzelfälle stark beeinflusst.

Zu festgestellten Risiken und Verletzungen berichten wir an den entsprechenden Stellen in diesem Bericht.

Zu welchen Themen sind Beschwerden eingegangen?

- Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei
- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren
- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung
- Verbot des Vorenthaltens eines angemessenen Lohns
- Sonstige menschenrechtliche Risiken: Recht auf Gesundheit

Beschreiben Sie, welche Schlussfolgerungen aus den eingegangenen Beschwerden/Hinweisen gezogen wurden und inwieweit diese Erkenntnisse zu Anpassungen im Risikomanagement geführt haben.

"Die Erkenntnisse aus dem Beschwerdeverfahren werden auf unterschiedliche Weise in die Umsetzung und Weiterentwicklung unseres LkSG-Risikomanagements einbezogen.

Um ein umfassendes Bild unserer Risikosituation zu erhalten, fließen die aggregierten Erkenntnisse aus dem Beschwerdeverfahren in die Priorisierung unserer menschenrechtlichen

und umweltbezogenen Risiken ein. Zudem werden die gewonnenen Erkenntnisse für die Weiterentwicklung des Beschwerdeverfahrens genutzt. Beispielsweise erlangen wir über das Beschwerdeverfahren Erkenntnisse über potenzielle Anspruchsgruppen, die wir in die Weiterentwicklung des Beschwerdeverfahrens einbinden möchten. Zudem finden basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen Schulungen für die mit der Bearbeitung von Meldungen betrauten Mitarbeitenden sowie Lieferanten statt."

E. Überprüfung des Risikomanagements

Existiert ein Prozess, das Risikomanagement übergreifend auf seine Angemessenheit und Wirksamkeit hin zu überprüfen?

In welchen nachfolgenden Bereichen des Risikomanagements wird auf Angemessenheit und Wirksamkeit geprüft?

- Ressourcen & Expertise
- Prozess der Risikoanalyse und Priorisierung
- Präventionsmaßnahmen
- Abhilfemaßnahmen
- Beschwerdeverfahren
- Dokumentation

Beschreiben Sie, wie diese Prüfung für den jeweiligen Bereich durchgeführt wird und zu welchen Ergebnissen sie – insbesondere in Bezug auf die priorisierten Risiken - geführt hat.

"Prüfung des Risikomanagements und Ergebnisse der Wirksamkeitskontrolle im Geschäftsjahr 2024

Die Wirksamkeit des Risikomanagements der Deutschen Bahn AG wird einmal jährlich sowie anlassbezogen überprüft. Im Geschäftsjahr 2024 wurde das initial im Jahr 2023 entwickelte Konzept weiterentwickelt. Dabei wurden sowohl die Effektivitätskriterien der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte als auch die Vorgaben der ISO 31000 für Risikomanagement berücksichtigt. Ziel der Wirksamkeitskontrolle ist es, sicherzustellen, dass das Risikomanagement optimal umgesetzt wird, priorisierte menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken wirksam adressiert und fortlaufend verbessert wird (vgl. Leitprinzip 20 der UN-Leitprinzipien).

Struktur und Durchführung der Wirksamkeitskontrolle

Die Wirksamkeitskontrolle gliedert sich in die vier zentralen Bereiche:

1. Risikomanagement,
2. Risikoanalyse,
3. Präventions- und Abhilfemaßnahmen sowie
4. Beschwerdeverfahren.

Zusätzlich wurden die Querschnittsthemen Ressourcen & Expertise und Dokumentation in jedem Bereich integriert. Für jeden dieser Bereiche wurden spezifische Kriterien definiert, die eine klare Grundlage für die Bewertung der Wirksamkeit bieten. Diese Kriterien orientieren sich an internationalen Standards (ISO 31000, UN-Leitprinzipien) und sind mit Beschreibungen versehen, die den Bewertungsrahmen und die Anforderungen zur Sicherstellung der Wirksamkeit erläutern.

Ablauf der Wirksamkeitsanalyse

1. Ausfüllen der Analyse: Der/die LkSG-Koordinator:in der jeweiligen selbstverpflichteten DB-Tochtergesellschaft füllt die Wirksamkeitsanalyse aus, bewertet den aktuellen Stand der Umsetzung und ergänzt, falls erforderlich, Verbesserungsvorschläge.
2. Prüfung durch LkSG-Beauftragte:n: Die Bewertung wird vom/ von der LkSG-Beauftragten geprüft, und Anmerkungen sowie Optimierungsmöglichkeiten werden gemeinsam mit dem/der LkSG-Koordinator:in besprochen.
3. Erarbeitung von Anpassungsbedarfen: Der/die LkSG-Koordinator:in und der/die LkSG-Beauftragte entwickeln gemeinsam mögliche Verbesserungsansätze und Anpassungen.
4. Konsolidierung: Die Ergebnisse aller Gesellschaften werden an das zentrale LkSG-Team übermittelt, das die Daten konsolidiert und weiterbearbeitet.
5. Bericht an die Geschäftsleitung: Der/die LkSG-Beauftragte der jeweiligen DB-Tochtergesellschaft informiert die Geschäftsführung über die Ergebnisse der Wirksamkeitsanalyse.

Ergebnisse der Wirksamkeitskontrolle im Geschäftsjahr 2024

Die Ergebnisse der Wirksamkeitsanalyse für das Geschäftsjahr 2024 zeigen, dass das Risikomanagement grundsätzlich angemessen und effektiv gestaltet ist, um die identifizierten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken zu adressieren. Verbesserungspotenziale wurden identifiziert und entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Im Rahmen der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Risikomanagements wird auch die Methodik der Wirksamkeitsanalyse regelmäßig überprüft und angepasst, um den Anforderungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) langfristig gerecht zu werden."

E. Überprüfung des Risikomanagements

Existieren Prozesse bzw. Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass bei der Errichtung und Umsetzung des Risikomanagements die Interessen Ihrer Beschäftigten, der Beschäftigten innerhalb Ihrer Lieferketten und derjenigen, die in sonstiger Weise durch das wirtschaftliche Handeln Ihres Unternehmens oder durch das wirtschaftliche Handeln eines Unternehmens in Ihren Lieferketten in einer geschützten Rechtsposition unmittelbar betroffen sein können, angemessen berücksichtigt werden?

In welchen Bereichen des Risikomanagements existieren Prozesse bzw. Maßnahmen um die Interessen der potenziell Betroffenen zu berücksichtigen?

- Ressourcen & Expertise
- Präventionsmaßnahmen
- Abhilfemaßnahmen
- Beschwerdeverfahren

Beschreiben Sie die Prozesse bzw. Maßnahmen für den jeweiligen Bereich des Risikomanagements.

"Bei der Errichtung und Umsetzung unseres Risikomanagements gemäß den Anforderungen des LkSG stellen wir sicher, dass die Perspektiven relevanter Stakeholder – einschließlich Risikoeigner, Mitarbeitender, Betriebsräte sowie potenziell Betroffener innerhalb unserer Lieferketten – berücksichtigt werden. Dies trägt zu einem umfassenden Verständnis potenzieller Risiken, ihrer Auswirkungen sowie zur Wirksamkeit unserer Maßnahmen bei.

1. Einbindung relevanter Stakeholder und Fachorganisationen

Wir beziehen verschiedene Dialog- und Kommunikationsformate ein, um kontinuierlich Erkenntnisse aus unterschiedlichen Perspektiven in unser Risikomanagement einfließen zu lassen:

- Interner Dialog: Beteiligung relevanter Gremien wie Konzernbetriebsrat, Fachabteilungen und Risikoeigner in die Entwicklung und Weiterentwicklung von Präventions- und Abhilfemaßnahmen. Dies geschieht unter anderem durch interne Workshops und Beteiligungsformate (z. B. Diversity Week).
- Externer Dialog: Teilnahme des zentralen LkSG-Teams an Brancheninitiativen wie econsense, dem UN Global Compact oder Railsponsible, um bewährte Verfahren und Stakeholder-Erwartungen in unser Handeln einzubeziehen. Ebenso erfolgt der fachliche Austausch über Veranstaltungen, z. B. des Helpdesk Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung.
- Erfahrungsintegration: Mitarbeitende des zentralen LkSG-Teams nehmen an internen und

externen Veranstaltungen mit Fokus auf menschenrechtliche Risikofelder teil, um zusätzliche Stakeholder-Perspektiven und Good-Practice-Ansätze zu integrieren.

2. Fokus auf Tier-1-Lieferanten und Ausweitung auf tieferliegende Lieferketten

Derzeit liegt der Schwerpunkt unserer direkten Stakeholder-Einbindung auf Tier-1-Lieferanten, mit denen wir im Rahmen von Lieferantengesprächen menschenrechtliche Erwartungen und Maßnahmen erörtern. Parallel prüfen wir Ansätze zur schrittweisen Einbindung tieferliegender Lieferketten durch erweiterte Risikoanalysen und Branchenkooperationen.

3. Partizipation Betroffener: Beschwerdeverfahren und Einbindung in Maßnahmen

Wir stellen sicher, dass die Interessen potenziell Betroffener systematisch berücksichtigt werden – sowohl im Rahmen unseres Beschwerdeverfahrens als auch bei der Entwicklung von Abhilfemaßnahmen.

Niedrigschwelliges, barrierefreies Beschwerdeverfahren:

Unser elektronisches Hinweisgebersystem ist in 22 Sprachen verfügbar, barrierefrei gestaltet (z. B. für blinde und sehbehinderte Personen) und kann anonym genutzt werden. Es steht auf allen internetfähigen Geräten ohne technische Hürden zur Verfügung.

- Hinweisgebende Personen sind gemäß unserer Verfahrensordnung vor Repressalien geschützt.
- Auf Wunsch erfolgt eine ausführliche Erörterung des Sachverhalts mit der meldenden Person.
- Die Weiterentwicklung des Beschwerdeverfahrens erfolgte unter Einbindung des Konzernbetriebsrats.
- Über konzerninterne Veranstaltungsformate (z. B. Diversity Week) informieren wir die Mitarbeitenden aktiv über das Beschwerdeverfahren.

Einbindung Betroffener in Abhilfemaßnahmen:

Nach internen Vorgaben (z. B. „Corrective Action Plan“) werden unmittelbar betroffene Personen (Rechteinhabende) in die Entwicklung individueller Maßnahmen einbezogen, sofern sie identifizierbar sind.

4. Rückkopplung durch Risikoanalysen und kontinuierliche Verbesserung

- Im Rahmen unserer menschenrechtlichen Risikoanalysen werten wir fortlaufend Erkenntnisse aus dem Beschwerdeverfahren sowie Stakeholder-Dialogen aus, um potenzielle Anspruchsgruppen zu identifizieren.
- Die im Geschäftsjahr 2024 durchgeführte LkSG-Risikoanalyse bildet den Ausgangspunkt für eine vertiefte Betrachtung der vulnerabler Gruppen. Aufbauend darauf wird ein Maßnahmenpaket erarbeitet, um gezielt das Beschwerdeverfahren gegenüber den rechteinhabenden Personen zu platzieren und verstärkt bekannt zu machen.
- Die Ergebnisse der Risikoanalysen fließen in die kontinuierliche Verbesserung unseres Beschwerdeverfahrens und unserer Stakeholder-Einbindungsprozesse ein.

5. Kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Prozesse

Wir entwickeln unsere Prozesse zur Einbindung von Rechteinhabenden kontinuierlich weiter, um deren Perspektiven systematisch in unser Risikomanagement zu integrieren. Dies geschieht durch eine fortlaufende Evaluation unserer Maßnahmen, den Ausbau von Dialogformaten und die enge Zusammenarbeit mit Fachorganisationen und Interessenvertretungen."